

35. Die Teilnehmerstaaten ersuchen alle anderen Staaten, die Unabhängigkeit, die Souveränität, die territoriale Integrität und Unverletzlichkeit, die Neutralität und nationale Einheit Kambodschas anzuerkennen und voll zu respektieren und sich jeder Handlung zu enthalten, die unvereinbar mit diesen Prinzipien sind.

36. Im Fall der Verletzung oder der drohenden Verletzung der Unabhängigkeit, der Souveränität, der territorialen Integrität, der Neutralität und der nationalen Einheit Kambodschas oder einer anderen der hier aufgeführten Verpflichtungen, einschließlich jener, die sich auf die Menschenrechte beziehen, werden die Teilnehmerstaaten unverzüglich geeignete Konsultationen im Hinblick darauf aufnehmen, jegliche Maßnahmen zu ergreifen, die die Einhaltung dieser Verpflichtungen garantieren. Diese Maßnahmen können unter anderem die Anrufung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen oder die Inanspruchnahme von Mitteln friedlicher Konfliktregelung, auf die sich Artikel 33 der Charta der Vereinten Nationen bezieht, umfassen. Die Teilnehmerstaaten können auch auf die guten Dienste der Ko-Präsidenten der Pariser Konferenz über Kambodscha zurückgreifen.

Ein Staat, zwei Gesellschaften

oder: Plädoyer wider die Selbstaufgabe der Bundesrepublik .

Von Thomas Schmid

Aus allen (auch fast allen linken) Winkeln dröhnt uns derzeit die Mahnung zum Realismus entgegen. Nun sei sie einmal geschehen, die Wiedervereinigung, wie ein Unwetter sei sie über uns gekommen, und fortan habe man sich damit abzufinden. Wer das nicht tue, katapultiere sich aus der Wirklichkeit heraus und begeben sich politischer Handlungsmöglichkeiten. Der Ton macht die Musik: Von Theo Sommer bis Klaus Hartung bekommen die Reden etwas Majestätisches, und mit nimmer ermüdender Hartnäckigkeit erinnern uns die journalistischen Auguren an einen monströsen staatlichen Vorgang, den wir auch ohne ihre theatralischen Mahnungen wohl kaum übersehen hätten. Warum dies fortwährende Bad im Banalen?

Ich vermute, man macht sich selbst Mut - und verwischt Spuren. Noch vor einem Jahr wäre ein Plädoyer für die Vereinigung beider deutscher Staaten (und erst recht für eine schnelle Vereinigung) ein Akt der Tempelschändung gewesen. Auch im Jahr der Menschenrechte - 200 Jahre nach der Französischen Revolution, fast zehn Jahre nach dem Auftakt der polnischen Opposition und unmittelbar vor dem politischen und ideologischen Ende des Ostblocks - galten hier der europäische und erst recht der deutsche Status quo als unantastbar und als eine zumindest noch sehr lange gültige vorletzte Weisheit. Es war darin eine beschämende Einäugigkeit im Umgang mit den doch unteilbaren Menschenrechten enthalten, und auch eine intellektuelle Trägheit: Der Sozialismus mußte erst seinen Niedergang fast schon abgeschlossen haben, bis man in nicht-rechten Kreisen ernsthaft, d. h. ohne offengelassene legitimatorische Hintertüren, über die ruinöse Gestalt zu diskutieren begann, die die Idee der Freiheit in Form des Sozialismus angenommen hatte.

Aus dem deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß ist der Anachronismus eines neuen Nationalstaats hervorgegangen. Daß das überhaupt und dann in solch diskursloser Weise möglich war, mußte jene lähmen, die bislang der (ja nicht unbegründeten) Hoffnung gewesen waren, der Zug fahre in die andere Richtung. Das scheint mir aber nicht der eigentliche Grund dafür zu sein, daß es der Linken derart die Sprache verschlagen hat. Taten- und gedankenlos hat die Linke den Untergang des Sozialismus auf sich zukommen lassen, hat solange wie nur irgend möglich weggesehen oder das alte Lied von der Doch-noch-Rettung angestimmt. Als es dann soweit war, stand sie entblößt und kompromittiert da. Gegen den neu- und kleindeutschen Nationalstaat wäre wohl nur das Kraut der zivilen Gesellschaft gewachsen gewesen: kein Traum vom Plan einer besseren Gesellschaft, sondern die Bereitschaft, die im Grundriß der Bundesrepublik enthaltene Bürgerlichkeit - also die Vision eines gesellschaftlich (und weder national noch inhaltistisch) begründeten Gemeinwesens - zu verteidigen und auszuspielen. Die Warnungen, sich jetzt angesichts abgefahrener Vereinigungszüge nicht ins Abseits zu begeben, sind nichts anderes als ein neuerlicher Versuch, ums Bilanzieren und ums Grundsätzliche herumzukommen.

Natürlich wird man sich auf dem Boden der vereinigten deutschen Tatsachen bewegen müssen. Man sollte sich zuvor aber Rechenschaft darüber ablegen, daß sich die politischen Ausgangsbedingungen massiv verschlechtert haben. Ich meine damit nicht in erster Linie das parteipolitische Kräfteverhältnis und die Tatsache, daß uns die Vereinigung und insbesondere das Elektorat der ehemaligen DDR für zumindest weitere vier Jahre die bisherige Regierung bescheren werden, die andernfalls wohl abgewählt worden wäre; ich meine einen tieferen Schaden.

Es war, den Vereinigungsprozeß betreffend, von Anschluß, Aufkauf und ähnlichem die Rede. Das ist insofern schon falsch, als die DDR- oder genauer: ihre Bewohner - keineswegs nur Opfer, sondern auch Akteure waren: Nicht zuletzt

sie haben die Vereinigung erzwungen. Falsch ist aber auch der Ton solcher Rede, mit der natürlich der Bundesrepublik bzw. ihrer politischen Klasse ein imperiales Bestreben unterstellt werden soll. Dieses mag es geben, das war aber in den vergangenen zwölf Monaten nicht das Entscheidende. Es ist in der Tat wieder Eisen in die deutsche Politik gekommen - das betrifft aber vor allem die *Zerstörung von Öffentlichkeit*. Es lag, als die Mauer fiel, in der Bundesrepublik kein Nationalismus auf der Lauer, auch nicht bei der politischen Klasse. Diese ließ sich aber - als ein Großteil der DDR-Bevölkerung auf's Tempo zu drücken begann und nicht ohne Lust seine traditionelle Massenmacht zu fühlen begann - bereitwillig davon unter Druck setzen und schwenkte binnen kürzester Zeit auf eine Politik um, deren Ziel es war und ist, soviel wie nur irgend möglich so schnell wie nur irgend möglich herauszuholen.

Auch wenn die politische Klasse seitdem nicht eigentlich handelt, sondern nur exekutiert, so erstrahlt sie doch in einem herrischen Glanz des Aktivismus, der vor dem deutschen-deutschen *doomsday* allmählich abhanden gekommen war. Es hat in den letzten beiden Jahrzehnten in der Bundesrepublik keine politische Entscheidung von einiger Tragweite gegeben, die nicht irgendwie auch eine Entscheidung der Öffentlichkeit, der Bürger, der Gesellschaft gewesen wäre. Es waren nicht mehr die Politiker allein, die die Entscheidungen trafen, die Politik fand nicht mehr in der Zitadelle statt. Die Gesellschaft ragte, stärker wohl als je zuvor in der deutschen Geschichte, in die Sphäre der Politik hinein, und auch als Oppositioneller konnte man die berechtigte Hoffnung haben, um die Ecke herum mitzuregieren; der von einem Teil der Publizistik und der Geschichtswissenschaft mitgetragene Versuch etwa, die Auseinandersetzung mit der nazistischen Vergangenheit für abgeschlossen und die Deutschen für neu-unschuldig zu erklären, scheiterte kläglich und bewirkte das gerade Gegenteil. In der Bundesrepublik begann jener große Vorteil der Demokratie wirksam zu werden, der darin besteht, daß der Politik gesellschaftlich die Hände gebunden sind, daß sie *nicht* schalten und walten kann wie sie will; in diesem Sinne waren Gemächlichkeit und Reflexivität in die deutsche Politik gekommen.

Damit war es nach dem Fall der Mauer sehr schnell vorbei. Schlagartig bestimmte nur noch *ein* Thema die Diskurse — dies der erste Schaden. Dann fand (vollzogen im Bundestag am 28. November 1989 mit dem von Karsten Voigt verkündeten Kotau der SPD vor Helmut Kohl und dem Nationalen) der gute demokratische Brauch sein vorläufiges Ende, daß es in allen wichtigen politischen Fragen wenigstens *zwei* Positionen geben soll, die mit Aussicht auf Erfolg miteinander konkurrieren. In Deutschland war es mehr als hundert Jahre lang immer dann besonders eng geworden, wenn es um das Nationale ging: Stets entstand dann ein Klima, in dem das Nein und der Zweifel und der Rest der Welt unerwünscht waren und in dem nicht mehr offen geredet werden konnte. Dieses Klima, das längst dahin zu sein schien, kam nun machtvoll wieder.

Und seit es wieder um Deutschland geht, wird keiner mehr gefragt. Ich bin davon überzeugt, daß es in der Bundesrepublik keine Mehrheit für einen neuen deutschen Nationalstaat gegeben hätte und daß die meisten die Art und Weise des Vereinigungsprozesses für ungut, schädlich und widerlich halten. In Bonn hat man es seit dem Herbst 1989 jedoch nicht mehr für nötig gehalten, auf derlei zu hören, und das vielleicht größte Versagen ist dabei das der Öffentlichkeit. Kein einziges der großen Organe (letztlich nicht einmal die TAZ) hat an dem festgehalten, was eben noch zwar nicht Konsens, aber doch eine ernsthaft in Erwägung gezogene Perspektive war: Daß es - um der Gesellschaftlichkeit, der Nachbarn, Europas und des Fremden willen - ein Ende haben soll mit dem Nationalstaat. Die Öffentlichkeit und damit die Gesellschaft waren erstmals wieder nach Hause geschickt und vom Politischen ausgeschlossen worden. Es ist inzwischen ganz egal, was diese und jener zu sagen haben, das Geflecht der Diskurse reicht nicht mehr in die Sphäre der Politik hinein. Ob einer Zeitung liest oder nicht, ob der sich eine Meinung bildet oder nicht — das ist relativ gleichgültig geworden, seine Entscheidung findet sich in der Politik nicht wieder, wir sind Zuschauer geworden, man hat uns entmündigt (und wir haben es mit uns geschehen lassen).

Politik war, nicht nur in Gestalt der Bürgerinitiativen, so etwas wie ein Volks- und Breitensport geworden, jetzt ist sie wieder Spitzensport. Als das SED-Regime fiel und damit klar wurde, daß die europäische Nachkriegsordnung dahin ist, verfolgten sehr viele die öffentlichen Dinge atemlos und mit elektrisierter Aufmerksamkeit: Es war wie vor einem großen Sprung. Und kein Jahr später: das genaue Gegenteil. Während da, so oder so, in der Tat ein neuer politischer Grundriß Europas gezimmert wird und Deutschland dabei eine herausragende Rolle zukommt, bringt selbst ein politisch Interessierter und Engagierter kaum mehr die Geduld auf, das Kleingedruckte am politischen Geschehen, auf das es in einer tätigen Demokratie doch ankommen muß, zu verfolgen (etwa das finale Treiben der Volkskammer, das an das Geschehen in Alfred Jarrys *Ubu roi* erinnerte). Politik ist wieder zur Zumutung geworden - zu einer, die in rasender Geschwindigkeit (und dennoch untätig) an uns vorbeizieht. Was einer zum Problem der Verfassung, zum Umgang mit Vergangenheit, zum Komplex Stasi, zur nachsozialistischen Vision von Gerechtigkeit, zum wieder aktuellen Problem der Zuträglichkeit von Parteien, zu Fragen von Schuld, Demokratie, Europa, ostwestlichem Gespräch etc. meint - es ist alles nicht erheblich; er kann - anders als zuvor - diese großen Fragen der Zeit im politischen Geschehen nicht mehr erkennen, und das zwingt ihn zur Gleichgültigkeit gegenüber den Details: gegenüber Diestel, de Maiziere, Normanenstraße, Einigungsvertrag, Finanzierungsfragen, Lafontaine etc.

Als mit dem Fall des vermurksten DDR-Regimes die deutsche Frage wieder zur Stelle war, mußte das zur ersten großen Probe der bundesdeutschen Demokratie werden. Würde sie die Contenance und die Formen wahren, würde sie in diesem entscheidenden Augenblick die nicht unbeträchtliche Fülle ihrer zivilen Errungenschaften und ihr reflexives Vermögen gewissermaßen zum Ein-

satz bringen? Das Gegenteil ist geschehen, die Errungenschaften wurden wie ein lästiger Ballast abgeworfen, eine Entzivilisierung des Politischen hat stattgefunden. Kohl hat es bald so gewollt, und die Öffentlichkeit erwies sich als nicht stark und selbstbewußt genug, es zu verhindern. Eine neue Regierung ist jetzt ein zweitrangiges Ziel (und es tragen die zur allgemeinen Unklarheit bei, die glauben, mit strategischen Tiraden die zivile Niederlage schnell überspielen zu können). Es geht in erster Linie darum, den *öffentlichen Raum* zurückzuerobern, der das Medium von Demokratie ist. Ihn zu schaffen, das hatte in der Geschichte der Bundesrepublik Jahrzehnte gedauert; diesmal mag und wird es wohl schneller gehen, denn die Gesellschaft ist vermutlich nur über-rumpelt worden. Wenn dem so ist, dann wird sie sich, gerade auch in ihrem Beharrungsvermögen, wieder zur Stelle melden.

Verschiedentlich ist in letzter Zeit, nicht ohne triumphierenden Unterton, davon die Rede, daß nun der „*Zustand Bundesrepublik*“ ein Ende habe und haben müsse. Genau diesen intermediären Zustand gilt es zu verteidigen. Die Bundesrepublik war - zuerst nicht aus freiem Willen, sondern in Folge der Selbsterstörung des Deutschen Reichs - ein Provisorium; und gerade das erwies sich später als eine große und in zivilem Sinne „anschlußfähige“ Stärke dieser Republik. Sie war ein staatliches Wartewesen *zwischen* Nationalstaat und etwas Neuem, zur Welt hin Offenem, mit dem Zustand Bundesrepublik wurden Türen offengehalten. Die gesellschaftliche (und nicht mehr nationale, mithin letztlich völkische) Definition der Bürgerrechte war auf dem Vormarsch; daß dieser Staat - nach innen leidlich föderativ angelegt - völkerrechtlich ein Zwitter war, gehörte zu seinen schöneren Seiten. Mit der gegenwärtig nur noch nationalen Neudefinition Deutschlands ist all das bedroht: Das (vor allem) aus dem deutschen Osten kommende Nationale schickt sich an, den Zustand Bundesrepublik zu überschwemmen. Viel wird davon abhängen, ob es umgekehrt gelingt, den Zustand Bundesrepublik nicht nur zu verteidigen, sondern all seine Zähigkeit und Dickflüssigkeit auf das Nationale loszulassen und dieses darin wenigstens zu zähmen. Der Linken fordert das freilich eine ungewöhnliche Übung ab: Sie muß *diese* Republik - die sie in der Regel nicht als Errungenschaft, sondern bestenfalls als kleineres Übel ansah - mit Leidenschaft verteidigen. Sie muß den vorbehaltlichen Umgang mit dieser Republik, die gleichermaßen das Werk Adenauers und der Linken ist, aufgeben.

Eine erste Probe zeichnet sich schon ab: *die Hauptstadtfrage*. Es beginnt damit, daß uns Berlin als unausweichlich präsentiert wird. In den Reden derer, die für die preußische Kapitale Propaganda machen, ist der Ton der Nötigung nicht zu überhören. Am liebsten würden sie - Walter Momper, pickelhaubenbewehrt, vorneweg - nicht einmal das Nachdenken darüber zulassen, ob es klug ist, auch in der Hauptstadtfrage der Reichstradition zu folgen; geradezu kaltschnäuzig setzen sie sich über alle Kritik hinweg, die mit der Wahl von Berlin die demokratischen Traditionen düpiert und die undemokratischen hofiert sieht. Das Berlin-Theater, immer schon unangenehm, nimmt heute groteske

Züge an. Der Polen-Markt und später die Massenversammlungen vor und in den Aldi-Filialen sowie die Zunahme von Staus und Schiebereien haben bei so manchen Metropolenstrategen alle Sicherungen durchknallen lassen, und nun muß man sich Tag für Tag anhören, hier kündige sich eine neue Blüte von Urbanität an, der schnelle Takt des Großstadtlebens, die eigentümliche Mischung aus Jeist und Jeld, aus Kultur und Kriminalität. Als spräche der Berlin-Bauchredner Diepgen himself, kündigt der TAZ-Redakteur - vor den eigenen Worten sichtlich erschauernd - das neue Berlin an, das Drehscheibe zwischen Ost und West und vieles andere mehr sein werde.

Dabei zeigt die streitheckende Unordnung, die in Berlin eingekehrt ist, doch nur eins: Daß diese Stadt Metropole schon längst nicht mehr ist und auch im Traum nicht das Zeug hat, eine zu werden. Anderes steht Berlin bevor: Sie wird die größte Stadt der DDR werden, ihr eigener Mief wird sich mit dem der DDR mischen, sie wird noch kleinkariierter, noch provinzieller werden. Es gehört schon einige Frechheit dazu, den Deutschen dieses Bruchunternehmen als Hauptstadt anzudienen - ganz abgesehen davon, daß somit eine überaus schlechte deutsche Tradition wieder aufgenommen wäre. Berlin - Garnisonsstadt und Kapitale eines der in zivilem Sinne rückständigsten, dafür aber aggressivsten Länder Deutschlands - war 1871 Hauptstadt eines Reichs geworden, mit dessen Gründung die besseren deutschen Traditionen, etwa die des Föderalismus, in die Defensive gedrängt und das finsterste Kapitel deutscher Geschichte eröffnet war. Statt mehrerer gleichberechtigter Zentren, wie sie in einem Bund Deutscher Länder vorstellbar gewesen wären, gab es fortan *ein* Zentrum, mit dem - in einem Land, dem es nie leichtgefallen war, sich den westlichen Traditionen zu öffnen - der Schwerpunkt nach Osten abgewandert war. Berlin steht gerade nicht für die unitarische Idee, sondern für einen spezifischen, den preußischen, Partikularismus; Berlin steht für die Abkehr von Pragmatismus und Demokratie, und es steht für eine deutsche Vereinigung, mit der die wechselseitige Fremdheit der Deutschen untereinander gerade nicht aufgehoben, sondern im Gegenteil festgeschrieben und vertieft wurde.

Heute stünde es als Hauptstadt für den gedankenlosen Versuch, im Gründungsmoment eines neuen Staates die Möglichkeiten des freien Wählens und der Reflexion zu mißachten, alles Konstituierende für überflüssig zu erklären und sich nicht der Gesellschaft, sondern der Tradition (einer miserablen zudem) anheimzugeben. Indes, der Widerstand gegen die Berlin-Meierei beginnt sich zu regen, und das Schöne an ihm ist, daß er mit Fragen der Demokratie und der Geschichte ebenso argumentiert wie mit Kosten und Bürokratie. Die Berlin-Meier halten entgegen, daß in dieser Melange aus Widerreden Äpfel mit Birnen, Demokratie mit Geld, vermischt seien, und das sei nicht zulässig. Eben doch: So werden politische, gesellschaftliche und soziale Traditionen der Bundesrepublik in Anschlag gebracht, über die sich nur leichthin hinwegsetzen kann, wer das Erbe der Bundesrepublik letztlich für eine *quantité négligeable*, wer die Bundesrepublik für einen transitorischen Staat hält, den

man nun - allein um des Abstraktums Nation willen - dem Orkus überantworten kann und soll. Einiges wird davon abhängen, ob es gelingt, die Fortdauer der Bundesrepublik durchsetzen und die Hauptstadt Berlin zu verhindern. Berlin muß die Chance bekommen, eine der Provinzialmetropolen auf dem Gebiet der untergegangenen DDR zu werden. Dazu hat die Stadt das Zeug und den Mief, und wenn es gut kommt, kann sie dabei - ihrer engstirnigen Inselhybris beraubt - ein Stück welt- und deutschlandoffener werden und bescheiden beginnen, die eine oder andere Brücke gen Osten zu bauen.

Den Zustand Bundesrepublik verteidigen - was aber wird mit dem Zustand DDR sein? So rasch und so gewaltlos wie wohl noch nie in der deutschen Geschichte wurde in der DDR ein Regime zu Fall gebracht, und oppositionelle Strömungen, denen anderswo immer nur der politische Rand reserviert ist, standen eine kurze Zeit lang im Mittelpunkt des Geschehens; es konnte einen Augenblick so aussehen, als liege die Zukunft der - bleibenden, genauer: werdenden - DDR in ihren Händen. Das hat sich als Täuschung erwiesen, die graswurzelartige Opposition wird auf dem Territorium der DDR einen schwereren Stand haben als auf dem der Bundesrepublik. Man sieht jetzt klarer. In der Begeisterung für diese Opposition, die auf geradezu urtümliche Weise alternativ aussah und die kurze Zeit immerhin für ein ganzes Land sprach, lebte noch einmal der alte Glaube an das an sich gut seiende Volk und jener linke Traum auf, der Volk und Widerstand Hand in Hand sieht. Das war, wie man jetzt weiß, eine grobe Täuschung; möglich wurde sie auch durch den sakralen Umgang mit der DDR, den die Linke über Jahrzehnte gepflegt hatte und den sie in die Zeiten nach dem Ende des Sozialismus zu retten versuchte.

Die Weihestimmung aber, die noch heute aufkommt, wenn sich Vertreter der DDR-Opposition bei uns zu Wort melden, ist schädlich. Denn diese Opposition - die, auch das ein Erbe von vierzig Jahren DDR, nicht nach der Macht griff als es möglich war — verkörpert auch die ganzen Schwächen der ostdeutschen Gesellschaft, insbesondere ist sie von der Tradition der beschädigten Gesellschaftlichkeit geprägt. Sie hat zuerst versucht, den Irgendwie-Sozialismus zu retten, hat sich dabei durchaus DDR-konform verhalten und gar nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß längst ein ganz anderes Stück angesagt war. Unbeirr- und unbelehrbar an einer Idee festhalten, sich um die Wirklichkeit nicht scheren und das ganze zudem noch als Konsequenz und Radikalität ausgeben: Das zeichnete nicht unbeträchtliche Teile der bundesrepublikanischen Opposition (gerade auch der grünen) aus. Doch diese Haltung war im Rückzug begriffen; durch das Hinzukommen der DDR-Opposition, die (wenn auch zu Unrecht) das revolutionäre Gütezeichen mit sich herumträgt, wird diese Haltung jetzt neuen Auftrieb bekommen, es ist eine Retraditionalisierung auch der Opposition zu befürchten. Sie könnte kleinlicher, bigotter, weltfremder und zugleich bürokratischer und kanalarbeiterischer werden.

Dagegen hilft z. B. Nüchternheit. Etwa in Form der Erkenntnis, daß die DDR ein im zivilen Sinne rückständiges Land ist und daß sie - auch was die politi-

sche Kultur angeht - vorerst vor allem Probleme einbringen wird. Es war, als die Mauer fiel, oft von der Angst vor der Ellenbogengesellschaft die Rede, und man meinte damit die Bundesrepublik. Mir scheint zumindest auch das Gegenteil zu gelten: Materialismus, Ellenbogenmentalität und die Gleichgültigkeit gegenüber den tätigen Elementen von Demokratie - tagtäglich rollen sie trabibewehrt gen Westen. Es findet auch die Besetzung der Bundesrepublik durch die DDR statt, und man sollte die Gefahr, die davon ausgeht, nicht unterschätzen. Die zivile Verfaßtheit einer Gesellschaft befindet sich immer in einem prekären Gleichgewicht, sie ist ja nicht staatlich hergestellt und verordnet, sondern kann nur im freien gesellschaftlichen Wechselspiel hergestellt werden. Vom Territorium der DDR wehen jetzt die materialistischen und demokratieunwilligen späten 40er Jahre herüber, und es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, welche Kräfte in der Bundesrepublik die Invasion vom andern deutschen Stern liebend gerne zum Anlaß nehmen und benutzen werden, um hier die Uhren etwas zurückzustellen, um der Arbeitsgesellschaft neuen Schwung zu geben, um die Ökonomie wieder auf den Thron der Gesellschaft zu hieven und insgesamt dem Autoritarismus erneut auf die Beine zu helfen.

Auch dagegen hilft kein Fraternisieren, auch kein oppositionelles. Wir müssen schon die Kraft aufbringen, den Differenzen nicht auszuweichen und die Oppositionellen in der DDR nicht wie Para-Heilige zu behandeln. Es ist jetzt *ein* Staat geschaffen worden - es wird aber lange noch bei *zwei* Gesellschaften bleiben. Wir sollten die letzten sein, die diese Unterschiede verwischen. Denn beim Fraternisieren tun sich in der Regel die schlechteren Seiten beider Partner zusammen. Es wird eine oppositionelle Aufgabe ersten Ranges sein, die Kunst der produktiven Differenz - die durch die von der Linken kaltherzig hingegenommene Mauer nie eine Chance bekam — zum Blühen zu bringen.

„Blätter“-Sonderdruck 371

Achim Bertuleit, Dirk Herkströter und Frank Steinmeier

„Das ganze Deutschland soll es sein...“

Notwendige Nachträge zu einer selbstgenügsamen Diskussion um die Wege zur deutschen Einheit aus völkerrechtlicher und verfassungspolitischer Perspektive

40 Seiten. Einzelpreis 4,- DM (zuzügl. Versandkosten von 1,40 DM). Versand gegen Vorkasse (am besten in Briefmarken). Bestellungen sind zu richten an Frank Steinmeier, Hein-Heckroth-Straße 5, 6300 Gießen.